

Signale für engere Kooperation im Umland

NEUDORF-BORNSTEIN. Eine engere Zusammenarbeit mit Kiel und den anderen Kommunen im Umland der Landeshauptstadt: Die Gemeindevertreter von Neudorf-Bornstein sind dafür. Donnerstag stimmten sie geschlossen für den entsprechenden Kooperationsvertrag. Damit gaben sie das erste Ja unter den acht Gemeinden des Amtes Dänischer Wohld. „Wir versprechen uns Verbesserungen im Öffentlichen Personennahverkehr und beim Planen von Wohngebieten“, sagte Bürgermeister Claus Biehl. Er sah den Beschluss als „Signal“ für die anderen Amtsgemeinden.

Amtsdirektor Matthias Meins erläuterte den Vertrag. „Die Landeshauptstadt Kiel hat erkannt, dass eine Wohnungsbau- und Gewerbeentwicklung ohne ein starkes Umland nicht erfolgen kann, da ihr die Flächen fehlen. Das Umland benötigt ein starkes Oberzentrum, um im globalen Wettbewerb als Teil der Region attraktiv zu bleiben. Eine engere Kooperation bietet Möglichkeiten, die Beziehungen zu optimieren und zum beiderseitigen Vorteil zu entwickeln“, steht im Vertrag. Wichtig war Meins: „Keine Planungsrechte werden abgegeben.“ Insbesondere für Gemeinden, die Wohn- und Gewerbegebiete ausweisen wollen, sah er in der Förderregion Kiel und Umland Vorteile. „Mit Unterstützung aus Kiel lassen sich solche Vorhaben gegenüber der Landesplanung besser durchsetzen“, sagte er. Biehl ging davon aus, dass in so einem Verbund auch der ÖPNV Richtung Neudorf-Bornstein besser werden muss.

Zur Förderregion sollen laut Meins Kiel und die Gemeinden der angrenzenden Ämter gehören. Insgesamt wären es 77 Kommunen. Basis für die neue Kooperation bilde der im Jahr 2011 geschlossene Rahmenplan Kieler Förde mit zwölf Kommunen. Die Kooperation soll ohne Geschäftsstelle erfolgen. Für den nötigen Austausch der Beteiligten soll eine jährliche Vollversammlung – die Förderkonferenz – sorgen.

rik

KN - OH - TEIL

23.09.17

KN-OH-TEIL

23.09.17

26 **SCHÖNKIRCHE**

Schönkirchen besiegelt Kooperation

SCHÖNKIRCHEN. Als eine der ersten Gemeinden hat Schönkirchen die jüngst ausgehandelte Kooperationsvereinbarung für die Förderregion Kiel und Umland beschlossen. Ziel ist eine bessere Abstimmung zwischen der Landeshauptstadt und den Umlandgemeinden, unter anderem in Sachen Wohnbauentwicklung, ÖPNV, Kinderbetreuung und Schule. „Ich wünsche mir, dass es mehr wird als ein Kaffeeclub“, sagte der Schrevenborner Amtsdirektor Ulrich Hehenkamp. Eckhard Jensen, CDU-Fraktionsvorsitzender in Schönkirchen und Schrevenborns Amtsvorsteher, hoffte ebenfalls darauf, „dass diese Kooperation mit dem notwendigen Geist umgesetzt werde. Kontraproduktiv sind für ihn Klagen aus Kiel über Schüler aus dem Umland. Denn es gibt auch den umgekehrten Fall: Die Schönkirchener Gemeinschaftsschule wird von vielen Kieler Kindern besucht. sel

Kiel und Umland rücken zusammen

TÜTTENDORF/NOER. Nach Neudorf-Bornstein haben jetzt auch Tüttendorf und Noer einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Kiel und ihren Umlandkommunen zugestimmt. Es geht in diesem Vertrag um so wichtige Bereiche wie Bauland- und Gewerbeflächenplanung, aber auch um ein optimiertes ÖPNV- und Naherholungsangebot.

Die kleinen Landgemeinden im Einzugsbereich der Landeshauptstadt versprechen sich von der Kooperationsvereinbarung mehr Entwicklungsmöglichkeiten. Bisher setzt der bis ins Jahr 2025 reichende Landesentwicklungsplan enge Grenzen. „Als wir vor zwei Jahren nachfragten, ob wir in Tüttendorf zehn neue Baugrundstücke ausweisen könnten, wurden wir von der Landesplanung ausgelacht“, berichtete Tüttendorfs Bürgermeister Wolfgang Kerber (WdGT) am Montagabend den Gemeindevertretern. Mittlerweile haben sich die Vorzeichen verändert: „Die Landeshauptstadt Kiel hat erkannt, dass eine Wohnbau- und Gewerbeentwicklung ohne ein starkes Umland nicht erfolgen kann, da ihr insbesondere die entsprechend benötigten Flächen fehlen“, heißt es in der Präambel der Kooperationsvereinbarung. Umgekehrt benötigt das Umland ein starkes Oberzentrum.

bki

KN OH TEIL 27.09.17

plant sind Einzel- und Doppelhäuser, aber auch Mehrfamilienhäuser im südlichen Bereich. „Wenn wir davon ausgehen, dass viele Familien einziehen, werden hier bis zu 350 Bürger ein neues Zuhause finden“, erklärte Marc Weinstock, Geschäftsführer der DSK-BIG-Gruppe, die mit der Grundstücksentwicklungsgesellschaft LEG für die Planung und Realisierung des

Alexander Orth,
Bürgermeister

Gute Laune beim Spatenstich (von links): Marc Weinstock (DSK-BIG-Gruppe), Bauausschuss-Vorsitzender Hans-Herbert Pohl (CDU), Bürgermeister Alexander Orth (SPD), Amtsdirektor Ulrich Hehenkamp, Burkhard Schmütz (LEG).

ein beliebter Wohnort. Wir haben eine gute Infrastruktur, und es lohnt sich, hier zu leben.“ In direkter Nachbarschaft zum Poggenbarg steht bereits ein weiteres „Wohngebiet am Tobringer“, das nochmal 30 Baugrundstücke umfasst. Ob die ursprüng-

servierten Grundstücke bauen können. „Insgesamt hatten wir etwa 400 bis 500 Interessenten“, berichtete Burkhard Schmütz von der LEG. Der Druck auf den Heikendorfer Wohnungsmarkt ist groß. Umso erfreuter zeigte

durch die Amtsvorsteher vertreten sind. „Sie werden außen vor gehalten – das ist nicht im Sinne des Freilherin von Stein.“ Im Kreis der Gemeindevertreter stieß die CDU mit ihrer Kritik allerdings auf Unverständnis. „Die Finanzhoheit bleibt unberührt. Uns wird nichts übergestülpt, was wir nicht haben wollen“, so Thure Spitz, Vorsitzender der UWH-Fraktion. Amtsdirektor Ulrich Hehenkamp verwies auch darauf, dass die ehrenamtlichen Bürgermeister in der Vollversammlung vertreten sind.

Von Gettorf im Westen bis Schönberg im Osten

Beteiligt sind Gemeinden von Gettorf im Westen, Borsdorf im Süden bis Schönberg im Osten. „Das Stimmengewicht der Nicht-Kieler ist höher als das von Kiel“, meinte Orth. Auch die Grünen sprachen sich für die Vereinbarung aus: „Vernetzung ist wichtig“, aber auch in Sachen Wohnungsbau, Gewerbe und Tourismus. Es entstehen Kosten von rund 800 Euro pro Jahr. Mit

raise 2
19 Uhr, Laternenumzug,
menstraße, 19.15 Uhr am Parnass,
im Abschlusskonzert und Feuerwerk im Schiffsthalstadion

PREETZ

rad: 16 Uhr, Nacht der Wissenschaft: Vorfürungen, Experimente, Mitmachaktionen (auch 15 Uhr), Orchestersparkasse, 17 Uhr Capitol imtheater): Schulen am Hufenweg (ehemals Wilhelmminenschule), Hufenweg

WOCHENMÄRKTE

LÖN

arktplatz: 8-13 Uhr

NOTDIENSTE

uerwehr, Rettungsdienst,
otarzt: Tel. 112, 19222
lizei: Tel. 110
ausärztlicher Bereitschaftsdienst: Fr 13-Mo 7 Uhr, Tel. 11617
ugenärztlicher Notdienst: Tel. 117
rtztlicher Notdienst für die Kreis-Plön und Ostholstein: Anlaufaxis in der Klinik Preetz und derma-Klinik Eutin: Fr 17-21 Uhr.
hriendienst für Hausbesuche: Tel. 117

shärzte Kreis Plön: Tel. 04342/42
shärzte Kreis Ostholstein: stholstein-Süd (Bereiche Eutin, alente). 04521/6669
shärzte Kreis Plön: Tel. 01805/13756
ftunfälle: Tel. 24-041 (nur Ausinft)

oetheken von 8-8 Uhr
oethke Pönitz: Scharbeutz,
denstr. 27, Tel. 04524/265
hnen-Apotheker: Preetz, Markt
Tel. 04342/71750

Heikendorf stimmt Kooperation mit Förderregion zu

Mehrheit für Vereinbarung – Kritik von der CDU – Kiss&Ride-Zone stößt auf wenig Gegenliebe

elf Stimmen bei sieben Gegenstimmen und drei Enthaltungen wurde die Vereinbarung angenommen.

Uneins waren die Gemeindevetreter auch in der Frage, welches die beste Lösung für Haltemöglichkeiten für Eltern vor der zukünftigen Schule ist. Der Finanzausschuss hatte den Beschluss des Verkehrsausschusses verworfen und einen eigenen Vorschlag gemacht. Dieser wiederum wurde nun in der Gemeindevertretung teilweise kopfschüttelnd betrachtet. Es herrschte aber Konsens, dass nun erst wieder der Verkehrs-



Wie kommen die Kinder sicher zur Schule, wenn das neue Gebäude steht? Dazu gibt es noch keine Lösung. FOTO: ANDREA SELIGER

aus: „Vernetzung ist wichtig“, aber auch in Sachen Wohnungsbau, Gewerbe und Tourismus. Es entstehen Kosten von rund 800 Euro pro Jahr. Mit

Handwritten text: KISS & RIDE ZONE

ARBEITEN

e Geduldsprobe
Autofahrer

» SELENT | 25

LANZ

st-Kiosk am
nd ist neuer
net für Besucher

» HEIKENDORF | 26

MIERE

enioren-Treff
besonderen Art

» PLÖN | 29



stürmisch
regnerisch

» WETTER | 10

kn-online
LESERFORUM

nungspolitik
e das Land die
aben lockern?

utieren Sie mit!
/kn-online.de/
forum

PASS

us
idlo

Viele Gemeinden stoßen beim Wohnungsbau an ihre Grenzen

Trotz hoher Nachfrage: In 900 Kommunen ist die Einwohnerzahl vom Land gedeckelt

VON CHRISTIAN HIERSEMENZEL

KIEL. Immer mehr Gemeinden in Schleswig-Holstein fühlen sich in ihrer Entwicklung gebremst. Sie würden zwar gern mehr Bauland ausweisen und Wohnraum schaffen, dürfen es aber nicht. Grund sind die engen Vorgaben der Landesplanung. Damit der Norden nicht zu stark zersiedelt wird, dürfen viele Gemeinden bis 2025 nur um maximal zehn bis 15 Prozent ihrer Einwohnerzahl aus dem Jahr 2010 zulegen. Manchem Bürgermeister wird es jetzt zu eng. Beim Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag mehrten sich die Beschwerden.

„Die Wohnungspolitik hat sich in eine Sackgasse manövriert“, kritisiert Gemeindegangs-Chief Jörg Bülow. Ob Laubgürtelische Seenplatte oder Hürtener Berge: Rückmeldungen bekomme er aus allen Landesteilen. Ursprünglich war die Landesplanung davon ausgegangen, dass die Bevölkerung ab 2012 schrumpft. Tatsächlich

aber ist das Gegenteil der Fall. „Wir können die wohnungspolitischen Herausforderungen nur dann bewältigen, wenn wir den Gemeinden mehr Spielräume lassen“, sagt Bülow. „Stattdessen setzen ihnen das Land hohe bürokratische Hürden.“ Die

Die Wohnungspolitik hat sich in eine Sackgasse manövriert.

Jörg Bülow, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Gemeindetags

Grenzen seien aus kommunaler Sicht unnötig, zumal die Entwicklungsprognosen der Landesregierung „so krass daneben“ gelegen hätten, „dass ich nicht erkennen kann, warum Städte und Gemeinden schlechter planen sollten.“ Nach Angaben des Innenministeriums dürften sich 900 der insgesamt 1110 Gemeinden nur eingeschränkt entwickeln.

Aber nur 63 hätten bis Ende vergangenen Jahres ihren Rahmen voll ausgeschöpft. Bülow hält diese Zahlen allerdings für irreführend. „Die meisten Gemeinden schöpfen ihr Potenzial nur deshalb nicht aus, weil sie eine Notreserve vorhalten wollen.“ Er fordert „Freiheit für eine intelligente Entwicklung“ und blickt insbesondere auf Ortskerne. Dort, wo die alten Zentren nicht mehr funktionieren, müssten gezielt Städtebaufördermittel eingesetzt werden. Diese Weise leeres Lande diese Weise leeres Lande schäftshäuser und verwaiste Höfe aufkaufen, um die Areale mit Glasfaser, kleineren Wohneinheiten, Einkaufsmöglichkeiten und Arztpraxen neu zu entwickeln. „Bislang ist das alles nicht genügend passiert. Wir hoffen auf die neue Landesregierung.“

Kristina Herbst (CDU), Staatssekretärin im Innenministerium, verweist auf den Jaunka-Koalitionsvertrag, in dem sich CDU, Grüne und FDP



Viele Kommunen fordern mehr Spielraum für Neubau. FOTO: DPA

auf mehr Flexibilität verständigt haben. Man werde die Entwicklung „so anpassen, dass in Regionen mit erhöhter Wohnraumnachfrage die Entwicklung nicht unnötig eingeschränkt“ werde. Die Landesplanung werde darauf ausgerichtet, dass sich Städte und Gemeinden weiterentwickeln können. SPD und SSW fordern dagegen dringend sozialen Wohnungsbau.

» KOMMENTAR | 2, SH | 11

USA nach Massaker im Schock

LAS VEGAS. Nach dem Massaker von Las Vegas stellt sich ganz Amerika eine Frage: Was hat den 64-jährigen Täter zum Mörder von mindestens 59 Menschen gemacht? Am zweiten Tag nach der Tat war das Motiv noch völlig unklar. Fest scheint zu stehen: Stephen Paddock war nicht Anhänger einer Terrororganisation und auch kein politischer oder religiöser Fanatiker. Neben den 23 in seinem Hotelzimmer gefundenen Waffen stellte die Polizei in seiner Wohnung weitere 19 sicher. Zudem wurden Chemikalien gefunden, die als Sprengstoff verwendet werden können.

US-Präsident Donald Trump bezeichnete es als „ein Wunder“, dass nicht noch mehr Menschen zu Schaden kamen. Die Nation befindet sich nach der Tat im Schock. Zugleich wurde der Ruf nach schärferen Waffengesetzen laut. Eine Diskussion darüber hält das Weiße Haus aber für verfrüht. Trump selbst sagte: „Über Waffengesetze werden wir sprechen, wenn die Zeit dafür gekommen ist.“

» LEITARTIKEL | 2, MEHR | 3

Tag der Einheit: Steinmeier warnt vor neuen Mairern

lv 04.10.17

KOMMENTAR
CHRISTIAN HIERSEMENZEL
LANDESHAUSKORRESPONDENT



Bauen und bauen lassen

Landesplanung muss flexibler werden

Im Grunde ist es so einfach. Menschen wollen dort leben, wo sie sich wohlfühlen und es nicht allzu weit zur Arbeit haben. Am liebsten dort, wo die Nachbarn aus einem ähnlichen Milieu stammen. Aber je mehr die Bevölkerung wächst, desto größer wird der Druck auf den Immobilienmarkt. Das spüren nicht nur Metropolen wie Hamburg seit Jahren: Auch in Kiel wird Wohnraum zur Mangelware. Und da Eigentum in begehrten Lagen monströs teuer geworden und ein Ende der Entwicklung mit immer weiter steigenden Preisen nicht in Sicht ist, weicht die Mittelschicht aufs Umland aus. Zurück bleiben die Wohlhabenden, die Jungen, die Alten – und die Armen.

Wenn die Gemeinden jetzt darauf drängen, das landesplanerische Gängelband endlich zu lockern, hat das auch eine gesellschaftspolitische Dimension. Es geht eben nicht nur darum, klassische Neubaugebiete mit Einfamilienhäusern und 600-Quadratmeter-Grundstücken auszuweisen, sondern um Wohnungen für möglichst viele Einkommensschichten, damit auch Senioren und Geringverdiener die Möglichkeit erhalten, jenseits der Ballungszentren zu leben. Zu Recht weist der Gemeindetag darauf hin, dass Ortszentren revitalisiert werden müssen. Es geht um Verdichtung, um Einkaufsmöglichkeiten – und darum, allen Generationen eine Zukunft in Schleswig-Holstein zu ermöglichen. Die Landesregierung hat sich Flexibilität vorgenommen. Bitte schnell!

christian.hiersemenzel@kieler-nachrichten.de

ZITAT DES TAGES

Die Verantwortung vor unserer Geschichte kennt keine Schlussstriche.

Frank-Walter Steinmeier, Bundespräsident, in seiner Rede bei der zentralen Einheitsfeier

KOMMENTAR
TAMO SCHWARZ



Tiefe historische

Auch nach Las Vegas wird sich nichts am Re

Erschüttert blickt Amerika, blickt die ganze Welt auf Las Vegas. Mit 59 Toten und mehr als 500 Verletzten erreicht der Massenmord durch einen Einzeltäter eine neue Dimension. Nach dem Überfall auf einen Nachtclub in Orlando 2016, auf ein Krankenzentrum in San Bernardino 2015, auf ein Kino in Aurora und auf eine Grundschule in Newton 2012 addieren sich die Opferzahlen nun in einen geradezu unvorstellbaren dreistelligen Bereich. Wer stoppt diesen Wahnsinn? Wer befreit dieses Land von den rund 500 000 vollautomatischen Gewehren, die sich ganz legal in Privathänden befinden? Ganz zu schweigen von den halbautomatischen AK-47-Modellen, die auf dem Lande in vielen Häusern im Schrank stehen.

Natürlich wird jetzt wieder nach schärferen Waffengesetzen gerufen. Aber ebenso wie diese neue Debatte lässt sich auch ihr nachfolgendes Abflachen vorhersagen.

Amerika hat bereits eine achtjährige intensive Diskussion über Maschinenpistolen und Sturmgewehre hinter sich. Der frühere Präsident Barack Obama warf sich mit Leidenschaft in die Auseinandersetzung. Unterm Strich aber ergab sich ein von ihm ganz und gar ungewolltes Resultat: In den meisten Bundesstaaten ist die Gesetzgebung heutzutage sogar lockerer als vor 20 Jahren – mit haarsträubenden Konsequenzen. Nirgendwo gibt es so viele diskret bereitgelegte Handfeuerwaffen wie etwa in der Hauptstadt Washington. Und in Staaten wie Nevada, Texas oder West Virginia ist es sogar ausdrücklich gestattet, in aller Öffentlichkeit die Pistole am Gürtel zu tragen.

LEITARTIKEL
STEFAN
US-KORRES

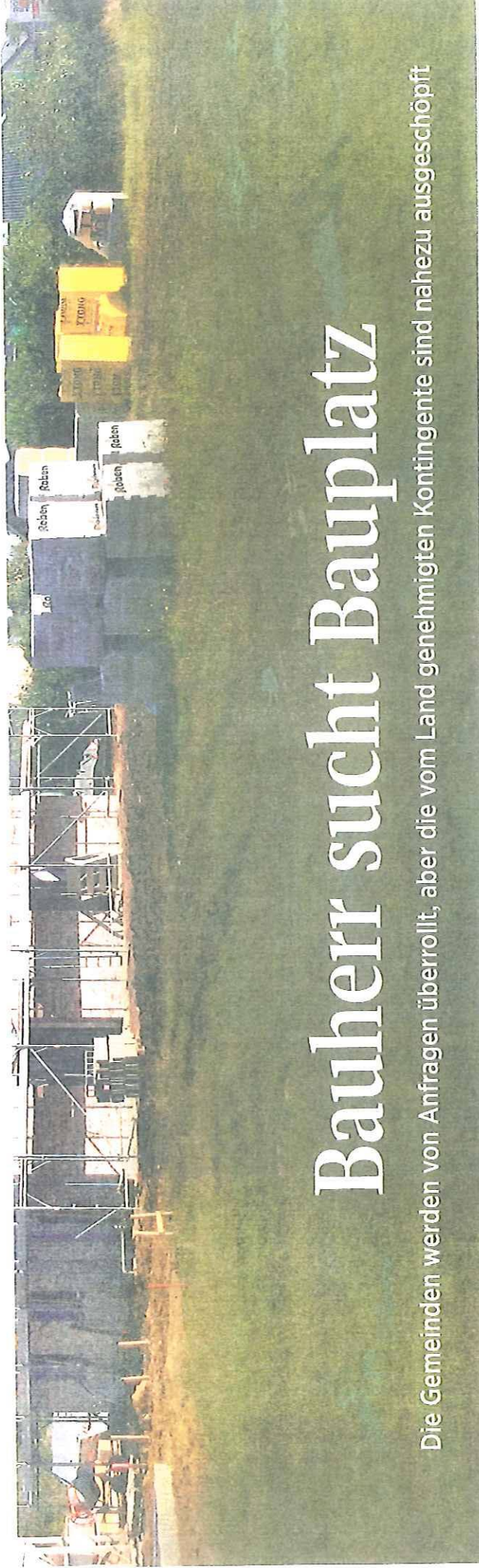
Für die nicht zu l als nur di lobby. D den USA tief wurz sogar eu gen. Das damit zu schafft ei wurde. D geben – gierung v kehrt. Ke neuen Si genübers Die tief rigkeit g der Unat ran wird geknallt dem Ma Schutz m zur Diski Kontrolle fen. Aber kel der V besitz sic

politikr

77
Hinter dem
Recht der
Amerikaner auf
Waffenbesitz
steht mehr als
nur die
vielzitierte
Waffenlobby.

Hätten wir nicht einen tollen gemeinsamen Feiertag gestern?





Bauherr sucht Bauplatz

Die Gemeinden werden von Anfragen überrollt, aber die vom Land genehmigten Kontingente sind nahezu ausgeschöpft

Wohl dem, der einen Bauplatz gefunden hat: Die Nachfrage in den Gemeinden rund um Kiel ist groß, aber der Landesentwicklungsplan setzt bisher enge Grenzen.

VON FRANK SCHEER

SÖREN. Eine kleine, aber für das 200-Einwohner-Dorf Sören im Amt Bordesholm wichtige Passage im Landesentwicklungsplan (LEP) wurmt Bürgermeister Manfred Christiansen. Kleine Gemeinden wie seine dürfen bis 2025 nur um zehn Prozent wachsen. „Wir würden uns aber gerne weiterentwickeln, wir haben auch die Flächen – können es aber nicht, weil das Potenzial erschöpft ist.“ Immer öfter muss der Gemeindechef auch Einheimische, die für ihre Kinder Bauplätze wollen, vertrösten.

Für überholt hält Christianen, der viele Jahre CDU-Fraktionschef im Kreistag von Rendsburg-Eckernförde war, deshalb die pauschale Beschränkung im Landesentwicklungsplan. „Man muss doch sehen, wo die Gemeinden liegen. Sören liegt

an der Entwicklungsachse Neumünster-Kiel, wir sagen noch: an der alten B 4. Diesen Bereich sollte das Land anders bewerten als kleine Dörfer in Angeln oder Nordfriesland und diese Einschränkung lockern“, macht der Bürgermeister deutlich. In den Zentren Kiel, Neumünster oder auch Bordesholm sei Wohnland knapp und daher teuer. Warum sollten nicht Gemeinden entlang der Trasse wie Sören, aber auch Grevkrug, Schmalstede oder Mithbrook da in die Bresche springen?

Im Amt Bordesholm liegen nach Angaben von Amtsdirektor Heinrich Lembrecht gut 100 Anfragen für Bauplätze vor. Aber für diese Nachfrage gebe es keine Flächen. Das gelte vor allem, nachdem ein großes Neubaugebiet auf dem Veranstaltungszentrum an der Landesstraße 318 nach einem Bürgerentscheid nicht reali-



Seine Gemeinde will wachsen, sagt Sören's Bürgermeister Manfred Christiansen.

Man muss doch sehen, wo die Gemeinden liegen. Sören ist doch kein kleines Dorf im Angeln.

Manfred Christiansen, Bürgermeister von Sören

und die Füße rechtzeitig in Bewegung zu bringen.“

Vorreiter im Amt Bordesholm wird Sören 2018 mit einem Entwicklungskonzept für die bauliche, aber auch wirtschaftliche Entwicklung sein. „Die Studie soll uns zeigen, was im Ortskern verdichtet und wohn man nach außen wachsen kann.“ So wohl zum Wohnen als auch zum Arbeiten bietet das ehemalige Bauerndorf, in dem drei Höfen nur noch existieren, eigentlich alles. „Der Autobahnanschluss ist nicht weit, mit dem Knöpf-Net haben wir eines der schnellsten Glasfasernetze Deutschlands, und unsere Straßen sind gemacht.“ Den vielen kleineren Betrieben im Ort, die pro Jahr etwa 50 000 Euro Gewerbesteuer in die Gemeindekasse zahlen, müsse man ja auch eine Perspektive bieten – sonst droht irgendwann die Abwanderung.

stiert werden kann. Lembrecht begrüßt die Initiative von Christiansen. „Wir würden eine Lockerung für kleinere Kommunen begrüßen und unterstützen.“ Der Sören's Bürgermeister will bei Gesprächen mit Verantwortlichen beim Land auch bereits „positive Signale“ für ein Einlenken vernommen haben. „Für unsere Gemeinde heißt es daher, aufzupassen

KN SH-TEIL 04.10.17
S.M

Klein Rönnau kaufte Baurecht dazu

KLEIN RÖNNAU. „Die Nachfrage nach Baugrundstücken ist gewaltig.“ Dietrich Herms, Bürgermeister von Klein Rönnau (Kreis Segeberg), muss die Bürger aber bislang vertrösten. Das von der Landesplanung bis einschließlich 2025 genehmigte Kontingent hat die 1600-Einwohner-Gemeinde längst ausgeschöpft. „Nur zwei bebaubare Grundstücke haben wir noch frei.“ In der Not ging die Gemeinde einen besonderen Weg: Sie erwarb

von der Nachbarkommune, der Stadt Bad Segeberg, ein Teil-Kontingent. Für das Baurecht von 50 Wohnhäusern zahlte Klein Rönnau 40 000 Euro. Die Überplanung ist derzeit in Arbeit.

Für die 50 neuen Bauplätze gab es schon 150 Anfragen. Nach Fertigstellung des Neubaugebiets am Chausseebaum wird das Potenzial an Bauland knapp. Nur an einer Stelle im Dorf seien in zweiter Reihe noch rund zehn Plätze mög-

lich. Einen Bebauungsplan würde die Landesplanung wegen Überschreitung des Kontingents aber nicht genehmigen, sagt Bürgermeister Herms. „Es bleibt nur noch, mehr in die Tiefe oder in die Höhe zu bauen.“ Allerdings widerspräche dies dem dörflichen Charakter Klein Rönnaus. „Das wollen wir nicht.“ Und außerdem gäbe es sicher ein Veto der Behörden. „Das würde uns bestimmt nicht genehmigt werden.“ *ger*

FOTOS: FRANK SCHEER

Tüttendorf setzt auf enge Kooperation mit Kiel

TÜTTENDORF. Als Wolfgang Kerber vor zwei Jahren bei der Landesplanung anfragte, ob Tüttendorf zehn Baugrundstücke ausweisen dürfe, war die Reaktion eindeutig. „Ich wurde ausgelacht“, erinnert sich der Bürgermeister der 1200-Einwohner-Gemeinde nordwestlich von Kiel. Mittlerweile haben sich die Vorzeichen geändert. Die Landeshauptstadt platzt aus allen Nähten; es fehlt an Bauland und auch an Gewerbeflächen.

Wohl wissend, dass dringend benötigte Fachkräfte nur gehalten werden können, wenn es ein attraktives Wohnumfeld gibt, strebt Kiel eine enge Kooperation mit den Umlandgemeinden an – „auf Augenhöhe“, wie es in der Präambel einer Kooperationsvereinbarung für die Förde-Region Kiel und Umland heißt. Im Norden Kiels, im Dänischen Wohld, ist die Bereitschaft zum Mitmachen offenbar groß. Neudorf-Bornstein, Noer und Tüttendorf haben bereits zugestimmt. Die Gemeinden hoffen, sich aus dem engen Korsett, das die Landesplanung für die bauliche Entwicklung vorgibt, befreien zu können. Und sie setzen auf ein optimiertes Angebot im Nahverkehr, der Naherholung und Zusammenarbeit beim teuren Kita-Ausbau. *bki*

kn SH-TEIL

S.M 04.10.17